

# **Transformation als soziale Praxis**

## **Mitteleuropa seit den 1970er Jahren**

Herausgegeben von  
Dierk Hoffmann und Ulf Brunnbauer



METROPOL

# Inhalt

DIERK HOFFMANN · ULF BRUNNBAUER

**Einleitung** ..... 7

ULF BRUNNBAUER

**Die permanente Transformation**

Vom Nutzen und von den Grenzen des Durchwurstelns  
am Beispiel der Werft „Uljanik“ in Pula  
seit den 1970er Jahren ..... 21

JOHANNA WOLF

**Der Bremer Vulkan in der Krise**

Der Strukturwandel einer westdeutschen Werft  
in den 1970er und 1980er Jahren ..... 39

EVA LÜTKEMEYER

**Erwartung – Erfahrung – Enttäuschung**

Die Transformation der ostdeutschen Werftindustrie  
nach der „Wende“ (1989/90–1994) ..... 52

MORITZ MÜLLER

**„Hilfe zur Selbsthilfe“?**

Die Entstehung und das (vorläufige) Scheitern  
eines Gestaltungsansatzes der IG Metall  
in den 1970er und 1980er Jahren ..... 65

CHRISTIAN RAU

**Ein „gewerkschaftsfreier Raum“?**

Gewerkschaftsstrukturen und -kulturen in Ostdeutschland  
in den frühen 1990er Jahren ..... 80

DETLEV BRUNNER

**Mitbestimmung und Protest**

Ostdeutschland in der Transformationsphase  
der 1990er Jahre ..... **93**

FLORIAN PETERS

**Vom „Polenmarkt“ zum Millionär?**

Der Markt als Erfahrungsraum und Ordnungsmodell  
der Transformationszeit in Polen ..... **108**

KEITH R. ALLEN

**Die Schweiz im Osten Deutschlands**

Ausländische Investoren nach (und vor) 1989 ..... **125**

JÖRN EIBEN

**Städte als Erfahrungsräume**

Transformationen und Krisen in Wilhelmshaven und Wolfsburg  
in den 1970er Jahren ..... **142**

UTA BRETSCHEIDER

**Gescheiterte Erfolgsgeschichten?**

Die ostdeutsche Landwirtschaft und ihre Akteure  
im Prozess der Transformation ..... **154**

**Abkürzungen** ..... **166**

**Autorinnen und Autoren** ..... **168**

# Ein „gewerkschaftsfreier Raum“?

## Gewerkschaftsstrukturen und -kulturen in Ostdeutschland in den frühen 1990er Jahren

### 1. Vorüberlegungen

Die bisherige Gewerkschaftsgeschichte hat sich mit der Transformationszeit nach 1989 und 1990 bestenfalls oberflächlich beschäftigt, jedoch ein zentrales Narrativ tradiert, das sich hartnäckig hält. Stark fokussiert auf die Übertragung westdeutscher Gewerkschaftsstrukturen auf den ostdeutschen Transformationsraum in den Jahren 1990 und 1991, führte sie – anknüpfend an die Argumentation der Zeitgenossen – stets die Gefahr „gewerkschaftsfreier Räume“ ins Feld, die durch die Übertragung westdeutscher Strukturen verhindert worden sei. Die Schnelligkeit, mit der die Wiedervereinigung voranschritt, so das Argument, habe das Fehlen einer gewerkschaftlichen Kultur der 40-jährigen Diktatur immer offensichtlicher werden lassen, sodass schnelle Entscheidungen und kurzfristige Hilfe aus dem Westen notwendig gewesen seien.<sup>1</sup>

So einleuchtend diese These, besonders vor dem Hintergrund aktueller Befunde über gewerkschaftsfeindliche und rechte Einstellungen ostdeutscher Betriebsräte<sup>2</sup>, auch erscheinen mag, so bildet sie doch allenfalls eine dezidiert westdeutsche Sicht auf die Wiedervereinigung ab. Zudem verwischt das Bild des „gewerkschaftsfreien Raums“ den zum Teil recht chaotisch und kontrovers verlaufenden Organisationsaufbau und trägt damit kaum zum Erkenntnisgewinn bei. Jüngst haben sogar ehemalige gewerkschaftliche Akteure wie Wolfgang Uellenberg-van Dawen, der am Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen in Ostdeutschland beteiligt war, darauf hingewiesen, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) die Lage in Ostdeutschland

falsch eingeschätzt habe. Vor allem viele ostdeutsche Gewerkschafter hätten die Übertragung westdeutscher Strukturen als „Verlust von neu gewonnener Selbstbestimmung“ empfunden.<sup>3</sup> Der vorliegende Essay knüpft an diese selbstkritische Einschätzung an und versucht, gewerkschaftliche Erfahrungsräume im Transformationsprozess Ostdeutschlands auszuloten, die Ausgangspunkte zur Untersuchung ostdeutscher Gewerkschaftskulturen sein können. Es geht um Betriebe, Landesbezirke und Kreisbüros sowie lokale Proteste.

## 2. Betriebe

Der Zusammenbruch der zentralen Planwirtschaft zeigte seine unmittelbarsten Auswirkungen in den Betrieben. Denn Betriebe waren in der DDR mehr als nur Arbeitsstätten. Indem sie beziehungsweise die zum Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) gehörenden Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) Wohnungen, Kindergartenplätze und Ferienplätze vergaben sowie lokale Infrastrukturen im Versorgungs- und Kulturbereich mitgestalteten, waren sie stets integraler Bestandteil der Lebensentwürfe vieler Einzelner und ihrer Familien.<sup>4</sup> Noch bevor die Übergangsregierung unter Hans Modrow (SED/PDS) im März 1990 die Bildung von Kapitalgesellschaften beschloss, war die Unsicherheit in den Betrieben deshalb besonders groß. Ratlosigkeit und Chaos kennzeichneten vor allem die Situation in den BGL, denen mit der Initiative unabhängiger Gewerkschaften im November 1989 überdies eine basisdemokratische Konkurrenz erwuchs.<sup>5</sup> Die westdeutschen Gewerkschaften ignorierten Letztere jedoch oder beobachteten sie mindestens mit Skepsis und versuchten stattdessen, ihren Einfluss über die zur „doppelten Verbandsstruktur“<sup>6</sup> des FDGB gehörenden Einzelgewerkschaften geltend zu machen. Zudem hatten sie parallel bereits im November und Dezember 1989 Betriebspatenschaften zwischen west- und ostdeutschen Betriebsräten sowie Vertrauensleuten initiiert.

Obwohl alle Umfragen und Erfahrungsberichte aus den Betriebspatenschaften<sup>7</sup> darauf hindeuteten, dass der FDGB rasant an Ansehen und Vertrauen an der Basis verlor, bedeutete das im Umkehrschluss nicht, dass die DGB-Gewerkschaften die Betriebe problemlos als

Machtbasen erobern konnten. Vor allem erwiesen sich die BGL mancherorts als hartnäckige Akteure, teils, weil sie einer desillusionierten Belegschaft gegenüberstanden, die in der Sorge um ihre eigene Zukunft wenig für gewerkschaftliches Engagement übrig hatte; teils aber auch, weil sie als Akteure des Umbruchs bei den Arbeitnehmern anerkannt waren. Im thüringischen Merkers etwa engagierten sich Gewerkschafter aktiv für den Erhalt des Kaliwerks, indem sie ein lokal entwickeltes Konzept zur Umnutzung des Werks als Untertagedeponie unterstützten: „Das Gebiet des Kreises Bad Salzungen und der thüringischen Rhön ganz besonders waren früher Notstandsgebiete. Durch die Ansiedlung der Kaliindustrie wurden Arbeitsplätze geschaffen. Im Zusammenhang damit entwickelte sich Handwerk und Gewerbe, nicht nur als Nutzer der Einkommensanlage, sondern auch als Auftragnehmer für die Kaliwerke. Infolge der Grenznahe und der damit verbundenen Politik des ‚Austrocknens als Grenzgebiet‘ setzte eine starke Abwanderung bis 1961 in die BRD ein, deren Härte durch zwei Aussiedlungsaktionen noch unterstrichen wurde. [...] In den vergangenen Jahren wurde unser Betrieb durch die damalige Staatsführung für das schnelle Erlangen von Devisen benutzt und durch ‚Scheinerlöse‘ der Eindruck erweckt, daß unser Betrieb gesund sei.“<sup>8</sup>

Dieses Schreiben, das wenige Tage vor Inkrafttreten der Währungs- und Wirtschaftsunion am 1. Juli 1990 an DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière gerichtet war, diente weniger dem Zweck, das Bild einer alten glorreichen Industriemoderne heraufzubeschwören. Vielmehr sollte durch die Bezugnahme auf die Geschichte des Unternehmens und dessen regionale Bedeutung auf die Abhängigkeit der Region vom Kalibergbau hingewiesen und die Relevanz der lokalen Akteure als (Mit-)Gestalter der Zukunft unterstrichen werden. Ostdeutsche Gewerkschafter waren damit nicht nur passive Beobachter ihrer westdeutschen „Vereinnahmung“ oder hilflose Akteure, denen kaum mehr übrig blieb, als gegen den „Ausverkauf“ lautstark anzurennen, sondern sie wollten Zukunft auch selbst mitgestalten. Damit reagierten sie nicht zuletzt auf einen im politischen Kontext dominanten Diskurs, der die ostdeutsche Wirtschaft einzig als Beleg für die Ineffizienz der DDR-Planbürokratie sah und den lokalen Akteuren damit implizit das Recht absprach, selbst mitgestalten zu können.

Wie wichtig die Bezugnahme auf betriebliche Erfahrungsräume für die Akzeptanz gewerkschaftlichen Handelns war, zeigt sich auch in zahlreichen Briefen, die enttäuschte ostdeutsche Gewerkschaftsmitglieder noch dann an Gewerkschaftszeitungen schrieben, als die westdeutschen Gewerkschaften ihre Organisationszuständigkeit längst auf die neuen Bundesländer übertragen hatten. So äußerte sich ein Mitglied der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) aus Erfurt in einem Leserbrief an die Redaktion der IG Metall-Zeitschrift „METALL“ im Juli 1992 folgendermaßen: „Ich finde auch, die Gewerkschaftsarbeit in Ostdeutschland müsste ganz anders organisiert werden; mir fehlen einfach die vielen persönlichen Gespräche u. a. persönliche Kontakte der Hauptamtlichen mit den einfachen Mitgliedern. Warum gibt es nicht mehr Aussprachen im kleinen Kreis? Mir gefällt auch ganz und gar nicht, daß mein Gewerkschaftsbeitrag (bei der ÖTV, deren Mitglied ich bin) anonym, d. h. einfach automatisch per Konto abgebucht wird, statt die Zahlung dazu zu nutzen, durch den Kassierer das Gespräch mit dem Mitglied zu führen. Da würde Frau Wulf-Matthies (die ich übrigens sehr schätze) viel mehr über die Stimmung Ihrer ÖTVer erfahren. Die ganze Gewerkschaftsarbeit müsste auf eine völlig neue (Vertrauens) Grundlage gestellt werden.“<sup>9</sup>

Vor allem bereits entlassene Arbeitnehmer zeigten sich von der Abwesenheit der Gewerkschaften im Betrieb enttäuscht und verwiesen auf ihre Verbundenheit zum Unternehmen, für dessen Wohl sie Überstunden unter zum Teil gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen auf sich genommen hatten.<sup>10</sup> Schon im August 1990 erbrachte eine interne Umfrage, dass 47 Prozent von rund 7000 befragten ostdeutschen IG Metall-Mitgliedern den westdeutschen Funktionären nicht zutrauten, die betriebliche Situation in der DDR zu verstehen.<sup>11</sup> Im schlimmsten Falle konnten die hier bereits erkennbaren Enttäuschungen zu Missverständnissen über das westdeutsche Gewerkschaftssystem führen. So entlud sich der gesamte Frust eines IG Metall-Mitglieds in einem Brief an Gewerkschaftschef Franz Steinkühler im Frühjahr 1991, der in erschreckender Weise an gegenwärtige Diskurse erinnert: „Ich bin IG-Metaller, aber was Ihr da macht, daß [sic!] ist für uns ebenso in der (ehemaligen DDR) ein weiterer Sturz [sic!] in die Tiefe. Bei euch werden die Löhne durch

Streiks erpresst, und was soll nun mit uns hier in dem Osten werden? Wir kommen dann wohl noch unter die Türken und was weiß ich, was ich [sic!] da noch alles für Untermenschen wir in euren Augen alles sein mögen. Ja wir sollen nur immer für euch die Dummen spielen. Ihr treibt die Preise und Steuern in die Höhe.“<sup>12</sup>

Die genannten Beispiele sind freilich nur Momentaufnahmen, aber keine Einzelfälle. In den gewerkschaftlichen und staatlichen Archiven finden sich solche Stimmen zuhauf. Wie sie zu gewichten sind, müssten weitere Forschungen klären. Sie machen aber deutlich, wie kontrovers über Sinn und Zweck von Gewerkschaftsarbeit in den ostdeutschen Betrieben verhandelt wurde; trotz oder gerade wegen des rasanten Vertrauensverlustes, den der FDGB erlitt und den viele westdeutsche Gewerkschaftsfunktionäre – häufig euphorisiert durch den anfangs zunächst massenhaften Zugewinn neuer Mitglieder – als problemlose Eintrittskarte in den Osten verstanden.

### **3. Landesbezirke und Kreisbüros**

Mit der Abwicklung des FDGB verschwanden ehemalige ostdeutsche Gewerkschaftsfunktionäre nicht sang- und klanglos von der Bildfläche. Selbst in als konservativ geltenden Gewerkschaften wie der IG Chemie-Papier-Keramik oder der IG Bergbau und Energie fanden sie sich bald als gleichberechtigte Vorstandsmitglieder wieder. Während auf der zentralen repräsentativen Ebene damit die Einheit von West und Ost visuell sichtbar wurde, wurden die Landesbezirke und Kreisbüros häufig zu Schauplätzen von Ost-West-Konflikten. Das lag nicht selten daran, dass Funktionäre und Sekretäre, die vom Westen in den Osten gingen, um dort Aufbauarbeit zu leisten, ihre neuen Wirkungsorte als Belastung empfanden. Obwohl dies häufig auf massive Fehleinschätzungen der westdeutschen Gewerkschaften beim Organisationsaufbau in Ostdeutschland zurückzuführen war, luden sie all ihren Frust auf den „Osten“ ab.

Ein eindrückliches Beispiel dafür sind Rechtssekretäre, die zuhauf in ostdeutschen Gewerkschaftsbüros Anstellungen fanden, um Arbeitnehmer und Entlassene in Arbeitsrechtskonflikten zu unterstützen. Die vorhandenen Stellen reichten aber bald nicht mehr

aus, um der Masse an anhängigen Klagen Herr zu werden. So beklagten sie sich in zahlreichen Briefen und Berichten beim DGB-Bundesvorstand, um bessere Konditionen auszuhandeln. Dort vermerkte man noch im Januar 1992 eine „recht hohe Personalfuktuation“ unter Rechtssekretären. Als besonders erschwerend nannten diese die „nach wie vor schlechten Lebensbedingungen“, der „Heimkehrwunsch vieler Kolleginnen und Kollegen aus den alten Bundesländern und nicht zuletzt Abwanderungen zu Mitgliedsgewerkschaften, die finanziell bessere Konditionen bieten“.<sup>13</sup> Letztere überboten sich geradezu mit materiellen Anreizen (Heimfahrten etc.) und warben sich damit gegenseitig Personal ab.<sup>14</sup> Ein Gutachten vom 1. Juni 1994 macht deutlich, dass sich die Unzufriedenheit vieler Rechtssekretäre nicht nur im internen Schriftverkehr mit dem Bundesvorstand in Düsseldorf gegen den „Osten“ richtete, sondern sich auch unmittelbar auf den Arbeitsalltag auswirkte. Rechtssekretäre, so das Gutachten, würden gegenüber ostdeutschen Verwaltungsangestellten ein ausgesprochenes Autoritätsdenken an den Tag legen, was Letztere einschüchtere.<sup>15</sup>

Dahinter lagen freilich nicht selten Vorbehalte gegenüber „Ostdeutschen“, die sich während der Teilung Deutschlands herausgebildet hatten. Konflikte mit ostdeutschen Angestellten wurden in der internen Kommunikation häufig auf die autoritäre Sozialisation in der DDR heruntergebrochen. So schilderte der Leiter des Berliner Verbindungsbüros des DGB, Dieter Schmidt, seine Erfahrungen in ostdeutschen Landes- und Kreisbüros in einem Brief an DGB-Chef Heinz-Werner Meyer im Dezember 1991 wie folgt: „Es gibt in Ostdeutschland zwei Phänomene, die grundsätzlich zu beachten sind. Das Aggressionspotential der Bürger ist außergewöhnlich hoch. Die Diskussionsfähigkeit ist dagegen beachtlich unterentwickelt. Eine Diskussion und ein Gespräch werden nicht geführt unter dem Aspekt, auf diese Weise eventuell eigene Defizite auszugleichen, der Ostdeutsche erwartet meist, daß sich der andere grundsätzlich seiner Meinung unterwirft. Eine von seiner abweichenden löst zusätzliche Aggressionen aus. Weiter ist zu berücksichtigen, daß die bürgerlichen Umgangsformen in der DDR vier Jahrzehnte lang diffamiert und dann völlig abgeschafft wurden. Dieses Defizit an ‚Manieren‘ löst dann Konflikte aus, wenn der Westdeutsche sie einfordert.“<sup>16</sup>

In das Zentrum der Kritik rückten bei Schmidt bald auch die Kreisvorsitzenden selbst, die seit 1991 zunehmend aus Ostdeutschland stammten beziehungsweise in der DDR bereits Gewerkschafter gewesen waren. In einem Brief an den DGB-Bundesvorstandssekretär Günther Horzetzky vom Februar 1992 beschrieb er das Verhältnis zwischen Ost- und West-Gewerkschaftern wie eines „zwischen Christen und Moslems“. Vor allem die Kreisvorsitzenden verstünden den DGB nicht als „Serviceeinrichtung“, sondern würden gegenüber den Gewerkschaftsmitgliedern einen Ton an den Tag legen, der sich nur aus der Kultur des FDGD erklären lasse, wo sich jeder seinen Anteil an der Macht gesichert habe.<sup>17</sup>

Ein anderes Beispiel dafür, dass genuin westdeutsche Probleme in den ostdeutschen Transformationsraum übertragen, dort aber bald in Ost-West-Konflikte umgedeutet wurden, ist der Umgang mit gewerkschaftseigenen Medien. Die Funktionärs- und Mitgliederzeitschriften stellten seit jeher ein wichtiges Medium der Kommunikation zwischen Bundesvorstand und Basis dar. Bereits in den 1960er Jahren aber rückte deren deutlich nachlassende Attraktivität bei Funktionären und Mitgliedern ins Bewusstsein. Jedoch war der Bundesvorstand nicht bereit, die Traditionszeitschriften aufzugeben oder dem veränderten Medienkonsum anzupassen. So wurde noch 1988 mit der „Welt der Arbeit“ ein traditionsreiches Mitgliederorgan des DGB eingestellt, das zu diesem Zeitpunkt bereits „unter Ausschluß der Öffentlichkeit“ erschien.<sup>18</sup> Die DGB-Funktionärszeitschrift „Quelle“ fristete ein ähnlich trostloses Dasein. Als Dieter Schmidt im Herbst 1992 mehrere ostdeutsche Kreisbüros besuchte, musste er feststellen, dass große Stapel der „Quelle“ teilweise „gerümpelhaft“ auf Tischen oder in „riesigen Haufen im Gang“ herumlagen. Auf Nachfrage hätten Kreisvorsitzende vielfach zugegeben, dass sich darin „keine Themen [fänden], die sie berühren“. In der Bewertung eines Gespräches mit dem Kreisvorsitzenden im sächsischen Annaberg verstieg sich Schmidt sogar zu der Aussage: „Selbstverständlich habe ich den Kreisvorsitzenden darauf [die Zeitungsstapel im Büro, C. R.] nicht aufmerksam gemacht, weil es ihm sicher peinlich gewesen wäre. Er ist Ostdeutscher.“<sup>19</sup>

Gerade Kreisvorsitzende waren hybride Akteure. Sie repräsentierten eine Organisationskultur, die sich mit vielen Hoffnungen verknüpfte, deren westdeutsche Akteure sich aber von ihrem neuen

Wirkungsgebiet zugleich abgrenzten. Inwiefern dies ähnliche Praktiken und Strategien bei ostdeutschen Gewerkschaftern hervorrief, lohnt einer näheren Betrachtung.

#### **4. Lokale Protestkulturen**

Dass westdeutsche Gewerkschaftskulturen kein in Stein gemeißeltes Set an Regeln darstellten, wie Schmidt suggerierte, lässt sich auf dem Feld lokaler Protestkulturen beobachten. Die sich seit 1991 überall in Ostdeutschland häufenden Betriebsbesetzungen und Proteste stellten nicht nur eine Reaktion auf die rasante De-Industrialisierung und Massenarbeitslosigkeit dar, sondern boten zunächst vor allem Betriebsräten ein lokales Betätigungsfeld, das diese auch nutzten, um ihren Frust gegenüber der Abwesenheit gewerkschaftlicher Solidarität zu bekunden. Die Gewerkschaften hatten dieser Entwicklung kaum etwas entgegenzusetzen.<sup>20</sup> Stattdessen nahmen Aversionen gegen die zunehmend als negativ-westdeutsch wahrgenommenen Gewerkschaften zu, sodass teilweise sogar die Bildung von „Ost-IGs“ gefordert wurde.<sup>21</sup> Häufig reichte schon die Tatsache, dass Gewerkschaftsfunktionäre zwar mit Landesregierungen oder Wirtschaftsverbänden in der Region verhandelten, lebensweltlich relevanteren Akteuren (etwa Arbeitslosen- und Bürgerinitiativen) aber keine Beachtung schenkten. Schnell stand hier der Vorwurf der Kungelei im Raum.<sup>22</sup>

Einen neuralgischen Punkt für ost- und westdeutsche Gewerkschafter gleichermaßen stellten die Proteste rund um den Hungerstreik der Kalikumpel im thüringischen Bischofferode 1993 dar. Ostdeutsche Gewerkschafter, die sich mit den betroffenen Beschäftigten solidarisierten, knüpften dabei einerseits an eine bereits zum Kanon gewerkschaftlicher Selbstbehauptung in Ostdeutschland gehörende Protestkultur an, in deren Zentrum die Treuhandanstalt als Vernichterin lokaler Strukturen stand. Andererseits ging es bei Bischofferode nicht mehr nur um die Region, sondern um gewerkschaftliche Handlungsräume insgesamt. Um nur ein Beispiel zu nennen: Im Juni 1992 hatten sich die Kreisvorstandsmitglieder des DGB Finsterwalde mit einem Forderungskatalog des Betriebsrats des

benachbarten BASF-Werks Schwarzheide solidarisiert und gemeinsam mit diesem und Vertretern von Arbeitslosenzentren in Vorbereitung des Besuchs von Bundeskanzler Kohl Autokorsos und Demonstrationen unter dem Motto „Treuhandpolitik bricht der Lausitz das Genick“ organisiert.<sup>23</sup> Als die Kalikumpel in Bischofferode ein Jahr später in den Hungerstreik traten, bekundete das Kreisbüro Finsterwalde nicht nur erneut seine Solidarität. Vielmehr wurde das Ereignis zur Zerreißprobe für die Gewerkschaftseinheit im Ort, da sich die zuständige IG Bergbau und Energie hinter die Schließung des Kaliwerks gestellt hatte. Gewissermaßen stellvertretend für seinen Zentralvorstand wurde der Vertreter der lokalen IG Bergbau und Energie aus einer Sitzung mit den Worten hinauskomplimentiert: „Gewerkschaften dürfen sich nicht wie bisher an dieser Arbeitsplatzvernichtungspolitik beteiligen.“<sup>24</sup>

Für Frank Spieth, der – aus Westdeutschland kommend – seit 1992 dem DGB-Landesbezirk Thüringen vorstand, und für den aus Niedersachsen stammenden Bodo Ramelow, damals Landesvorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, wurde Bischofferode ebenfalls zum Fanal. Spieth schloss sich mit dem Bischofferöder und anderen Betriebsräten zusammen und organisierte ab Juli 1993 ein nach allen Seiten offenes Aktionsbündnis als Diskussionsforum über eine „veränderte, vernetzte, gesamtpolitische Herangehensweise“ der Transformationspolitik, mit dem Ziel, „Arbeitsplätze für die Menschen zu erhalten und neue Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen“.<sup>25</sup> Zudem organisierte das Aktionsbündnis Kampagnen wie den im Herbst 1993 veranstalteten „Gegenzug“ – eine Rundfahrt des Aktionsbündnisses mit einer historischen Thüringer Eisenbahn, womit „an verschiedenen Orten auf die extremen Strukturprobleme im Zusammenhang mit dem Transformationsprozeß in Thüringen“ hingewiesen werden sollte.<sup>26</sup> Spieth rekurrierte dabei nicht nur auf den sich aufstauenden Unmut über die De-Industrialisierung in Ostdeutschland, sondern auch auf das Gefühl, bei der Transformation nicht als Akteure ernst genommen worden zu sein. Proteste waren damit auch Foren der demokratischen Teilhabe.

Bodo Ramelow schloss sich, nachdem er den für die Betroffenen durchaus vorteilhaften Kalisozialplan Ende 1993 maßgeblich mitausgehandelt hatte, dem Aktionsbündnis an und trat 1994 erstmals

mit PDS-Bundestagsabgeordneten, darunter Gregor Gysi und das ehemalige Bischofferöder Betriebsratsmitglied Gerhard Jüttemann, am Tag der Arbeit gemeinsam öffentlich auf. 1997 gehörten Spieth und Ramelow zu den Unterzeichnern der Erfurter Erklärung, die sich für mehr soziale Gerechtigkeit und eine engere Zusammenarbeit von SPD, Grünen und PDS aussprach. Nach der Bundestagswahl 1998 und dem Bruch zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine im Jahr darauf trat Ramelow der PDS/LINKE bei, Spieth folgte 2003. Als Thüringer Ministerpräsident nutzt Ramelow noch heute das von ehemaligen Betriebsräten und Hungerstreikenden betriebene Kalimuseum in Bischofferode als Repräsentationsort von Landespolitik. Die sich in den ostdeutschen Regionen breitmachende Kritik an der Treuhandanstalt wurde damit auch eine Klammer der kollektiven Sinnstiftung zwischen ost- und westdeutschen Gewerkschaftern in der Region.

Auf Vorstandsebene wurde die Schneeballwirkung, die Bischofferode entfaltet hatte, aber auch Gegenstand ordnungspolitischer Debatten, so etwa im Oktober 1993 auf dem dritten außerordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall: „Hier geriet insbesondere in der Diskussion zum Referat des 1. Vorsitzenden die Welt wieder ziemlich durcheinander; wer Bischofferode als Beispiel zukunfts-trächtiger Handlungsalternativen stilisiert, hat in der Tat Not und Verzweiflung, hat das Symbol von gewerkschaftlicher Niederlage, das Bischofferode auch ist, nicht begriffen. Auch die Vermengung von Gegenwehr und Widerstandsrecht zeugt nicht nur von Unklarheit, sondern möglicherweise auch von gezielter Verwischung gewerkschaftlicher und politischer Handlungsperspektiven.“<sup>27</sup>

## 5. Fazit und Ausblick

Aus dieser Darstellung kann weder mittel- noch unmittelbar auf eine spezifisch ostdeutsche Gewerkschaftskultur geschlossen werden. Vor allem zwei Beobachtungen lassen Zweifel aufkommen. So sollten zum einen die abwertenden Aussagen westdeutscher Gewerkschafter gegenüber ihren ostdeutschen Kollegen weder unhinterfragt reproduziert noch einseitig als westdeutsche Arroganz interpretiert

werden. Oftmals standen dahinter Fehleinschätzungen verantwortlicher Funktionäre in den westdeutschen Vorständen oder Probleme, die auch in Westdeutschland schon viele Jahre offensichtlich waren, die aber, sobald sie auf den Transformationsraum Ostdeutschland übertragen worden waren, als vermeintliche Ost-West-Konflikte umgedeutet wurden. Die eigentlichen Defizite und Probleme konnten dadurch bagatellisiert werden, die Schuld wurde in der informellen Hierarchie gewissermaßen nach unten weitergereicht. Zum anderen zeigt der Blick auf Bischofferode, dass sich auch Gewerkschaftsfunktionäre aus Westdeutschland eine Protestkultur aneignen konnten, die sich seit 1991 auf regionaler Ebene etabliert hatte.

Dieser Essay ging von der westdeutschen Erfolgserzählung aus, nach der ein mögliches „Worst Case Scenario“, das Entstehen „gewerkschaftsfreier Räume“, durch die Übertragung westdeutscher Gewerkschaftsstrukturen verhindert werden konnte. Die hier deutlich gemachten Zweifel an dieser These dürfen aber nicht dazu verleiten, als Gegenentwurf ostdeutsche Opfernarrative zu reproduzieren. Hier ging es vielmehr darum zu zeigen, dass Transformation mehr ist als nur Systemwandel. Transformation ist auch ein kognitiver Prozess, der selbst in der Region auf verschiedenen Ebenen stattfand. In unterschiedlichen Erfahrungsräumen (Betriebe, Landes- und Kreisbüros, lokale Proteste) setzten sich Gewerkschafter auf unterschiedliche Weise mit den Veränderungen ihrer Umwelt auseinander, knüpften an unterschiedliche Zeitschichten an, es kam zu Konflikten und neuen Allianzen, es ergaben sich neue Handlungsräume, diese fanden aber auch ihre Grenzen. Handlungsräume wurden gesucht, ausgelotet und manchmal auch überschritten. Um differenzierter untersuchen zu können, wo und wann genau sich Handlungsräume eröffneten und wieder schlossen, müsste insbesondere gefragt werden, wie staatliche Entscheidungsträger als Adressaten von Gewerkschaftspolitik auf lokale Initiativen reagierten. Erst die Analyse solcher Interaktionen ergäbe ein differenziertes Bild jenseits von Erfolgs- und Verlustnarrativen.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Bernd Faulenbach, Die deutsche Vereinigung und die Gewerkschaften, in: Hans Otto Hemmer (Hrsg.), Bilanz mit Aussichten. Die neue IG Metall an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Wiesbaden 1999, S. 167–180; Manfred Scharrer, Der Aufbau einer freien Gewerkschaft in der DDR 1989/90. ÖTV und FDGB-Gewerkschaften im deutschen Einigungsprozess, Berlin 2011. Als zeitgenössische Äußerungen vgl. Peter Seideneck, Die soziale Einheit gestalten – über die Schwierigkeit des Aufbaus gesamtdeutscher Gewerkschaften, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (1991), B. 13, S. 3–11; Klaus von Beyme, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland nach der Vereinigung, München 1991, S. 213.
- 2 Vgl. Klaus Dörre u. a. (Hrsg.), Streikrepublik Deutschland? Die Erneuerung der Gewerkschaften in Ost und West, Frankfurt a. M. 2016.
- 3 Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Gewerkschaften und deutsche Einheit, in: Detlev Brunner/Michaela Kuhnhenne/Hartmut Simon (Hrsg.), Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess. Möglichkeiten und Grenzen in Zeiten der Transformation, Bielefeld 2018, S. 45–67, hier S. 55.
- 4 Vgl. Renate Hürtgen, Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb, Köln 2005, S. 118–160; Annette Schuhmann, Kulturarbeit im sozialistischen Betrieb. Gewerkschaftliche Erziehungspraxis in der SBZ/DDR 1946 bis 1970, Köln 2006; Christoph Kleßmann, Arbeiter im „Arbeiterstaat“ DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945 bis 1971), Bonn 2007, S. 721–736.
- 5 Zur Initiative unabhängiger Gewerkschaften (IUG) vgl. Leonore Ansorg/Renate Hürtgen, „Aber jetzt gibt es initiative Leute und die müsste man eigentlich alle an einen Tisch bringen“. Die Initiative für Unabhängige Gewerkschaften (IUG) 1989 bis 1990. Darstellung und Dokumente, Berlin 1992; Renate Hürtgen, Betriebliche und gewerkschaftliche Basisbewegungen 1989/90 in der DDR, in: Brunner/Kuhnhenne/Simon (Hrsg.), Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess, S. 69–93.
- 6 Stefan Paul Werum, Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), in: Gerd-Rüdiger Stephan u. a. (Hrsg.), Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, Berlin 2002, S. 449–482, hier S. 463.
- 7 So etwa die Berichte im Zusammenhang mit Partnerschaften west- und ostdeutscher Chemiebetriebe, die von der IG Chemie-Papier-Keramik (IG CPK) initiiert wurden, in: Archiv für soziale Bewegungen Bochum (künftig: AfsB), IG CPK, 257, unfol.
- 8 Bundesarchiv Berlin (künftig: BArch Berlin), DC 20, 11775, Bl. 3, Erklärung des Gewerkschaftsaktivisten der Kali-Werra Aktiengesellschaft zum Referat Kali im Wirtschaftsministerium der DDR vom 28. 6. 1990.
- 9 Archiv der sozialen Demokratie Bonn (künftig: AdsD), 5/IGMZ140129, unfol., Eberhard L. an die Redaktion METALL vom 17. 7. 1992.
- 10 AfsB, IG CPK, 308, diverse Briefe an den Hauptvorstand der IG CPK.

- 11 AdsD, IG Metall, Abt. Wirtschaft, 5/IGMZ220632, unfol., IG Metall: DDR-Umfrage vom August 1990.
- 12 AdsD, 5/IGMZ101142, unfol., anonymer Brief an Franz Steinkühler, ohne Datum [ca. April 1991].
- 13 AdsD, 5/DGAI002279, unfol., DGB, Abt. Arbeitsrecht an Abt. Vorsitzender, Koll. Friedel Heße, vom 16. 1. 1992.
- 14 Ebd., DGB, Mecklenburg-Schwerin, Hauptbüro Schwerin, Peter Deutschland, an den DGB-Bundesvorstand Düsseldorf, Ursula Engelen-Kefer, Jochen Richert vom 18. 12. 1991.
- 15 AdsD, 5/DGBG000440, unfol., Humanisierungsberatung für Computeranwendungen und Arbeitsorganisation: Abschlußgutachten zur Betreuung der Rechtsstellen des DGB in den neuen Bundesländern, Münster, 1. 6. 1994.
- 16 AdsD, 5/DGAI002913, unfol., Dieter Schmidt an Heinz-Werner Meyer vom 10. 12. 1991.
- 17 AdsD, 5/DGAI002906, unfol., Dieter Schmidt an Günther Horzetzky vom 28. 2. 1992.
- 18 Roland Kirbach, Flaggschiff am Ende. Der DGB stellt seine Wochenzeitung Welt der Arbeit ein, in: Die Zeit, 21. 10. 1988, S. 36.
- 19 AdsD, 5/DGAI002906, unfol., Dieter Schmidt, Stichproben über die Akzeptanz der „Quelle“ vom 23. 9. 1992.
- 20 Einen Eindruck vermittelt Dietmar Dathe, Soziale Kämpfe in Ostdeutschland zwischen 1990 und 1993. Eine Auswahl, basierend auf Berichten von Berliner Zeitung, Neue Zeit und Neues Deutschland, in: Neues Deutschland, 22. 6. 2017, <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1054981.soziale-kaempfe-in-ostdeutschland-zwischen-und.html> [22. 2. 2018].
- 21 AdsD, 5/DGBG001013, unfol., Protokoll der 3. Sitzung des Kreisvorstandes am 22. 6. 1992.
- 22 AdsD, 5/DGAI002221, unfol., Helmut Martens/Jutta Steinke, Lokale gewerkschaftliche Arbeitspolitik in den neuen Bundesländern. Probleme und Herausforderungen beim Aufbau von DGB-Ortskartellen, ohne Datum.
- 23 AdsD, 5/DGBG001011, unfol., DGB Finsterwalde, Protokoll der Kreisvorstandssitzung am 4. 6. 1992.
- 24 Ebd., DGB Finsterwalde, Protokoll der Kreisvorstandssitzung am 23. 8. 1993.
- 25 BArch Berlin, B 412, 10604, unfol., DGB Thüringen, Frank Spieth, an die Präsidentin der Treuhandanstalt, Birgit Breuel vom 9. 8. 1993.
- 26 Ebd., DGB Thüringen, Frank Spieth, an die Präsidentin der Treuhandanstalt, Birgit Breuel vom 30. 9. 1993.
- 27 AdsD, 5/IGMZ150553, unfol., Der 3. außerordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall am 2. 10. 1993 – Eine erste und vorläufige Einschätzung vom 4. 10. 1993.